

**Beschluss der 2. Tagung des 8. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt  
am 11. September 2004 in Leuna**

**Die PDS in Sachsen-Anhalt  
nach den Wahlen 2004 und Aufgaben bis 2006**

Die PDS ist aus den Kommunal- und Europawahlen 2004 gestärkt hervorgegangen. In den kommunalen Vertretungen der beiden größten Städte des Landes ist sie stärkste Kraft, in der Mehrzahl der Kreistage stellt sie die zweitstärkste Fraktion. Dafür ist allen WahlkämpferInnen und KandidatInnen herzlich zu danken. Die PDS hat damit ihren nach der Landtagswahl 2002 erhobenen Anspruch der Oppositionsführerschaft mit einem entsprechenden Zuspruch von Wählerinnen und Wählern untersetzt. Dieses WählerInnenvotum stellt für die PDS in Sachsen-Anhalt eine immense Herausforderung dar, der sie mit einer qualitativen Verbesserung ihrer Arbeit gerecht werden muss und gerecht werden will. Dennoch bleibt eine kritische Betrachtung der Wahlergebnisse angeraten. Auch die PDS muss sich mit den Ursachen der geringen Wahlbeteiligung auseinandersetzen. Es ist auch der PDS nicht gelungen, das absolute Stimmenergebnis der beiden Bundestagswahlen zu erreichen. Umso mehr bleibt es Aufgabe der nächsten Jahre, die Überzeugungskraft und Transparenz von PDS-Politik zu erhöhen, um mehr Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, dass es wichtig ist und Sinn macht, zur Wahl zu gehen und der PDS ihre Stimme zu geben, um einer Politik für mehr Gerechtigkeit und mit machbaren Alternativen zur derzeitigen Regierungspolitik in Bund und Land größeres Gewicht zu verleihen.

Der Landesparteitag stellt fest:

1. Es hat sich als richtig erwiesen, den Schwerpunkt von PDS-Politik an den aktuellen Lebensfragen der Menschen in diesem Land festzumachen – also eine in die Gesellschaft hineinwirkende Politik zu betreiben und sowohl realistische Lösungsvorschläge unter den gegebenen Umständen sowie Forderungen zur grundlegenden Veränderung der Verteilungsverhältnisse von oben nach unten zu unterbreiten. Daran wollen wir weiter arbeiten. Die PDS wird ihre Aufgabe darin sehen, ihr gesellschaftsveränderndes Profil zu schärfen, den Zusammenhang zwischen Bundespolitik, Landespolitik und kommunalpolitischen Entscheidungen sichtbar zu machen und sozial gerechtere Lösungen für hier und heute vorzuschlagen und in die öffentliche Debatte zu bringen, die auf die konkrete Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsmarktpolitischen Situation in Sachsen-Anhalt zielen.
2. Wir streben nach gesellschaftlichen Mehrheiten und wollen dabei mit anderen demokratischen Kräften innerhalb und außerhalb parlamentarischer Strukturen zusammenarbeiten. In diesem Sinne werden wir unsere Kraft für die Durchsetzung von Bürgeranliegen für soziale Verbesserungen einsetzen und die Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern ausbauen und verstärkt nutzen. Das gilt auch für das konkrete Wirken von Abgeordneten, Stadt- und Gemeinderäten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern mit PDS-Mandat.
3. Die PDS wird nur gewinnen, wenn sie sich als gesellschaftszugewandte Kraft profiliert, die ausstrahlt, dass sie diese Gesellschaft verändern will und dass sie das

auch kann. Das erfordert, die Entwicklungsprobleme und Widersprüche dieser Gesellschaft als Herausforderung annehmen und mit realistischen Schritten um ihre Überwindung streiten, anstatt sich auf die Kritik an der gegenwärtigen Gesellschaft zu beschränken. Nur wenn es der PDS gelingt, Protest gegen die bestehenden Zustände glaubwürdig mit Wegen zu deren Veränderung zu verbinden, wird PDS-Politik an Überzeugungskraft und Vertrauen gewinnen, werden Wählerinnen und Wähler dieses Vertrauen auch in ihrer Wahlhandlung zum Ausdruck bringen.

4. Der Landesverband Sachsen-Anhalt wird als Teil der PDS seinen Beitrag leisten, damit die PDS ihr gewachsenes Gewicht auch 2006 durch den Wiedereinzug in den Bundestag bekräftigen kann. Dazu ist es notwendig, dass sich die PDS als gesamtdeutsche sozialistische Partei mit einem eigenständigen Profil entwickelt und als Mitglied der europäischen Linkspartei mehr Einfluss auf die gesellschaftlichen Debatten gewinnt. Dafür sollen in allen Kreisverbänden verstärkt Anstrengungen unternommen werden.

Daraus ergeben sich folgende Arbeitsaufgaben:

- Der zunehmenden, sich verstetigenden Wahlverweigerung muss politisch begegnet werden. Das Thema Demokratie muss Lust auf Wahlbeteiligung wecken. Wir müssen dem wachsenden Fatalismus unter der Bevölkerung hinsichtlich politischer Entscheidungen ein integrierendes linkes Politikkonzept entgegensetzen. Die Schwerpunkte des Leitantrages eröffnen hierfür Räume.
- Das Erstarken rechter politischer Parteien muss ein eigenständiges Wahlkampfthema in Sachsen-Anhalt werden. Rechtsradikalismus darf nicht der Fluchtpunkt der Ausgegrenzten werden, weder als Mittel des Ausdrucks von Protest gegen das politische System noch als geistiges Sammelbecken. Der Begegnung rechtsradikaler Tendenzen bedarf konzeptionell professioneller Begleitung.
- Auf der Basis einer nüchternen Analyse des Wählerpotenzials der PDS ist in Verbindung mit der Kandidatur der Spitzenleute der PDS eine Entscheidung über Direktwahlkampfkreise zu fällen. Dazu sind die Landesverbände Thüringen, Sachsen und Brandenburg zu konsultieren. Der Landtagswahlkampf 2006 ist als SpitzenkandidatInnen-Wahlkampf zu führen. Im Landesverband ist sicherzustellen, dass die Wahlkreise mit ihren DirektkandidatInnen gleichberechtigt behandelt werden in materieller und finanzieller Hinsicht. Der Landtagswahlkampf sollte hierauf hinaus zielen.
- Der Landtagswahlkampf ist konzeptionell mit dem Bundestagswahlkampf zu vernetzen. Er hat als Zwischentappe im Bundestagswahlkampf über das Land hinaus weisende strategische Bedeutung für die PDS.
- Das Landeswahlbüro als Organ des Landesvorstandes wird nach dem Landesparteitag neu berufen und nimmt unverzüglich seine Tätigkeit auf.
- Bis Ende 2004 bestimmt das Landeswahlbüro die Eckpunkte der Wahlstrategie zur Landtagswahl und legt sie dem Landesvorstand zur Beschlussfassung vor.
- Für die Erarbeitung der Kommunikations- und Werbestrategien ist eine professionelle Agentur zu binden. In Abstimmung mit dem Bundeswahlbüro ist eine Erstwählerkampagne und speziell ein Frauenwahlkampf zu führen. Für die Zielgruppen Arbeitslose und Rentner sind spezifische Wahlkampflinien zu entwickeln. Die Umsetzung der Strategien soll in Verantwortung des Landeswahlbüros mit dieser Agentur erfolgen.

- Der Wahlkampf ist als ideelle Auseinandersetzung bei sparsamem Mitteleinsatz zu konzipieren. Das Personalisierungskonzept muss sich in personenbezogenen Wahlkampfmaterialien widerspiegeln. Der Wahlkampf wird landesweit als einheitliche Kampagne geführt. Ein einheitliches Erscheinungsbild der PDS ist konsequent umzusetzen.
- Der Wahlkampf ist als Basiswahlkampf zu führen. Der objektiv geringer werdenden Zahl von aktiven Wahlkämpfern ist dabei Rechnung zu tragen.
- Die Kreiswahlbüros/-teams nehmen bis zum Sommer 2005 ihre Tätigkeit auf.
- Der Wahlkampf wird aus unseren angesparten Mitteln im Wahlfonds und Spenden finanziert. Parallel zur Spendenkampagne ringen die Kreisverbände um die Bildung und kontinuierliche Auffüllung der Kommunalwahlfonds und sichern diese Fonds für die Finanzierung der Kommunalwahlkämpfe.

Ein zentraler Schwerpunkt unserer politischen Arbeit in den nächsten Monaten ist der Widerstand gegen die Einführung der vermeintlichen „Grundsicherung für Arbeitslose“ (HARTZ IV), das bisher umfangreichste sozialpolitische Abrissprogramm der Bundesregierung.

Diese sogenannte Reform ist in bisher nicht gekanntem Maße

... **unsozial** – weil dadurch allein in Sachsen-Anhalt mehr als 270.000 Langzeitarbeitslose und deren Kinder mit einem Niedrigsteinkommen auf Sozialhilfeniveau von einem Mindestmaß an sozialer und kultureller Teilhabe ausgeschlossen werden;

... **ungerecht** – weil allein langzeitarbeitslose Frauen und Männer für die Auswirkungen von Massenarbeitslosigkeit und ungerechter Steuerpolitik zur Kasse gebeten werden.

Armut und Perspektivlosigkeit werden somit auf die nachwachsende Generation quasi vererbt. Die sozialen Spannungen zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, zwischen Vermögenden und denjenigen, die über kaum die nötigsten finanziellen Einkommen verfügen, zwischen Alten und Jungen, zwischen Frauen und Männern werden weiter zunehmen.

Die PDS Sachsen-Anhalt wird sich deshalb dafür einsetzen,

- dass die Auswirkungen einer solchen unsozialen Reformpolitik immer wieder Gegenstand der parlamentarischen und außerparlamentarischen politischen Auseinandersetzungen bleiben,
- dass den Betroffenen nach Möglichkeit unsere Unterstützung gewährt wird,
- dass politische Alternativen wie die Einführung einer armutsfesten bedarfsorientierten Grundsicherung möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern bekannt gemacht werden.

Im Frühjahr dieses Jahres ist zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes ein Volksbegehren zum Erfolg geführt worden. Die PDS hat das Bündnis „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ dabei intensiv unterstützt. Bisher haben die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen im Landtag keine Bereitschaft gezeigt,

den mit dem Volksbegehren vorgelegten Gesetzentwurf anzunehmen. Darum ist davon auszugehen, dass es zwischen Januar und April des kommenden Jahres zum ersten Volksentscheid kommen wird. Der Gegenstand des Volksentscheides entspricht der Schwerpunktsetzung des PDS-Landesverbandes für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt auch die Betreuungsbedingungen der Jüngsten zu verbessern. Darum werden wir auch den Volksentscheid intensiv begleiten. Wir wollen unsere Kraft dafür einsetzen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger ihr demokratisches Entscheidungsrecht wahrnehmen.

Für die Profilierung der PDS ist die Selbstveränderung der PDS eine unabdingbare Voraussetzung. In diesem Sinne beteiligt sich die PDS Sachsen-Anhalt an der Strategiedebatte der Gesamtpartei und an der Erarbeitung neuer politischer Lösungsvorschläge als Alternative zur Politik des Sozialabbaus von SPD, Union, FDP und Grünen.

Daraus ergeben sich folgende Arbeitsaufgaben:

- Die Kreisverbände sind aufgerufen eigene Strategien zur Sicherung der personellen Basis zu entwickeln. Dazu ist die Mitgliedergewinnung zu intensivieren. Die Kandidatinnen und Kandidaten zu den Kommunalwahlen sollen als KompetenzpartnerInnen profiliert werden und weitere SympathisantInnen sollen dafür angesprochen und gewonnen werden.
- Um junge Menschen für die Arbeit der PDS zu interessieren, sollen gezielte Angebote für und mit Jugendlichen, insbesondere an SchülerInnen an Gymnasien und Berufsschulen erarbeitet werden. Es kommt darauf an, Projekte von und für junge Leute zu entwickeln, die interessant und ansprechend sind. Wir wollen dafür sorgen, dass junge PDS-Mitglieder mehr Verantwortung für die Zukunft der PDS übernehmen können.
- Die Arbeit der Kreistags- und Stadtratsfraktionen soll transparenter gestaltet werden. Zwischen den Kreistagsfraktionen und Stadt- und Gemeinderäten der Region und im Land soll der Erfahrungsaustausch stärker gepflegt werden.
- Die PDS muss ihre Politikangebote stärker öffentlich bekannt machen, nicht nur im Umfeld von Wahlen. Dazu sind ideenreiche öffentliche Informationsangebote zu organisieren, die politische Bildung der Mitglieder zu intensivieren und das einheitliche öffentliche Erscheinungsbild weiter zu entwickeln. Wo PDS drauf steht, muss auch PDS drin sein und das soll auf den ersten Blick vom Bund und Land bis zum Kreis erkennbar sein. Das öffentliche Erscheinungsbild soll uns als offen, gesellschaftszugewandt und kompetent ausweisen.